

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zahlung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark
auswärtlich Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im aus-
ländischen Zeitungs-Verkehr unter
Saale-Zeitung eingetragene Zeitungs-
redaktion eingetragene Monatspreise
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellenangabe
„Saale-Zeitung“ gestattet.
Stern- und Buchhandlung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 7 gepaltene Kolonienzeit
oder deren Raum mit 20 Pfg. berech-
net und in unseren Anzeigenschriften
und allen Anzeigen-Geschäften ange-
nommen. Reklamen die Seite 1 Mr.
Schluß der Anzeigen-Annahme
vormittags 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Höchstens-
zeit von Anzeigenaufträgen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheinung täglich zweimal
Sonntags einmal
Schriftleitung und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Dr. Brunsstraße Nr. 17.
Leben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 27.

Halle, Donnerstag, den 17. Januar

1918.

Der Fortgang der Friedensverhandlungen.

Die Affäre Caillaux. — Neue Erklärungen der Zentralmächte in Brest-Litowsk.

Wohnungs-gesetz und Herrenhaus.

Die Neufassung, in der das Wohnungs-gesetz dem Herrenhaus an das Abgeordnetenhaus zurückgegeben wird, verdient die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, besonders die Aufmerksamkeit derjenigen Kreise, die an einem sachgemäßen Fortschreiten unserer Siedlungs- und Wohnungs-wesens Anteil nehmen. Wie man auch zu den Leistungen des Herrenhauses nicht sehen mag, im vorliegenden Falle hat das Herrenhaus über gründliche und sachförderliche Arbeit geleistet. Wenn die Vorstellungen, die gegen den Regierungsentwurf des Wohnungs-gesetzes erhoben wurden, namentlich der Gesichtspunkt in den Vordergrund rückten, der Entwurf bringe in der Hauptsache zu höchst unrichtigen Entscheidungen und viel zu wenig sachliche Fortschreiten, so hat das Herrenhaus die sachlichen Vorurteile erheblich erweitert und vertieft.

Am bedeutungsvollsten nach dieser Richtung ist die starke gefühlte Förderung der Flachbauten oder, wie es in der Fassung des Herrenhauses heißt, der Häuser mit höchstens einem Obergeschloß über dem Erdgeschloß. Niemand geht diese Förderung etwa in weiträumiger Verkennung der Wirklichkeit soweit, daß in Zukunft auch in großen Städten nur noch Flachbauten sollten errichtet werden. Aber über den Haupt im Siedlungs-wesen Fortschritte machen will und an die enge Verknüpfung auch der Fragen der Volksgesundheit mit der Art der Siedelung denkt, wird es sicher begrüßen, daß für die Bauordnungen die nachdrückliche Anregung gegeben wird, überall da, wo Grundlinien nicht festgelegt sind, nur offene Baueisen im Ausschau zu lassen — daß ferner die schon von Regierungsentwurf in Aussicht genommene Bevorzugung hinsichtlich der Zahlung von Anliegerbeiträgen usw. auf Straßen mit Flachbauten beschränkt wird —, daß endlich der schwere Kampf darüber, ob das sog. Bauverbot der Gemeinden eingeschränkt ist, zu einer Lösung entwidelt ist, durch die die Einschränkung praktisch in Wegfall kommt, sobald in der betr. Gemeinde geeignete Maßnahmen ergriffen sind, um dem Wohnungsbedürfnis durch Errichtung von Flachbauten ausreichen Rechnung zu tragen. Diese letztere Vorkehrung wird die Wirkung haben, daß in solchen Gemeinden, für die überhaupt zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses Flachbauten in großem Umfange in Betracht kommen, diese Bauform eine starke Umwertung findet. In der gleichen Richtung liegt die neue Vorkehrung, wonach in sämtlichen Verhältnissen und überall dort, wo die offene Bauweise billig und wirtschaftlich durchführbar ist, künftig durch die Bauordnungen die Errichtung von Wohnhäusern mit freistehenden Brandgiebeln verhindert werden soll. Entsprechend ist auch vorzusehen, daß Bauordnungen für größere Bezirke, die Bestimmungen gleichzeitig für größere und kleinere Gemeinden treffen, Unterliebe hinsichtlich des Anspruchs der beherrschenden Flächen zu machen haben.

Von ebenfalls erheblicher Bedeutung sind die Siedlungs-maßnahmen, die das Eingemeindungs- und Entgeltungsrecht einen wirkungsvollen Ausbau erfährt. Zunächst ist wenigstens für die Übergangszeit und zwar bis Ende 1926 das Entgeltungsverfahren erheblich vereinfacht worden, wobei die für den Krieg getroffene Regelung als Vorbild diente. Außerdem aber ist für die Dauer festgelegt worden, daß zu den öffentlichen Interessen, um dero-willigen Eingemeindungen oder Umgemeindungen im Zwangswege durchgeführt werden können, die Rückfälle aus das Wohnungsbedürfnis gehört. Noch weiter gehende Anträge hinsichtlich des Entgeltungsrechts sind leider in der Kommission des Herrenhauses abgelehnt worden. Die wichtigsten Anträge nach dieser Richtung, deren Annahme sicher sehr segensreich gewirkt hätten, enthielten die Vorkehrung, daß die Entgeltung außer in Geld auch in Grund und Boden gemährt werden kann, und die weitere Vorkehrung, daß eine Wertberhöhung, die ein dem Eigentümer verbleibendes Grundstück erfährt, auf die Entgeltung angerechnet ist. Dagegen kann als erheblicher Fortschritt bezeichnet werden, daß künftig jede Gemeinde für ihren Bezirk die lex Adices einführen kann. Die erforderlichen Einzeländerungen an diesem Gesetz müssen hier später vorbehalten bleiben.

Aus der Reihe der sonstigen Beschlüsse des Herrenhauses sei besonders noch erwähnt, daß die Kassen-Verordnungen, die über den Inhalt der Wohnungsordnungen notwendig waren, für Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern in 1011 Vorkehrungen vermindert worden sind. Weiter sind über eine ganze Reihe neuer Einzelvorschriften über den möglichen Inhalt von Bauordnungen, die die Mitarbeit sachverständiger Männer im Herrenhaus deutlich verraten. Es ist es hierüber eine große Verbesserung, daß nunmehr die Redaktionsgrundlage geschaffen ist, um in log. Bauordnungen die Wohnort und die gesundheitlichen Verhältnisse einander zu verbinden. Auch unter dem Gesichtspunkt, daß überall auf Gartenanlagen, Spiel- und Erholungsplätze Rücksicht zu nehmen ist, ist der Entwurf nochmals gründlich durchgearbeitet worden. Ferner sind an geeigneten Stellen Anweisungen auf das Verbot und Ver-

Der angebliche Plan Caillaux'.

Der Inhalt des Geheimfaches in Florenz. — Caillaux wollte angeblich eine neue französische Regierungsform schaffen.

WTB. Rom, 16. Januar. „Giornale d'Italia“ schreibt: Das Geheimfach, das Caillaux seit 1914 in Florenz unter dem Namen Madame Renoard behält, ist letzte Woche geöffnet worden. Es enthält Schmuckstücken im Werte von ungefähr einer halben Million, russische, englische und portugiesische Staatspapiere im Werte von 1½ Millionen und drei politische Affenmappen. Eine der Affenmappen enthält ein ausführliches Programm, das in Frankreich verwirklicht werden sollte, wenn Caillaux zum Ministerpräsidenten ernannt worden wäre. Dieses Programm würde in Wirklichkeit ein Attentat gegen den Staat dargestellt haben.

Es sah die Schaffung neuer Staatsorgane vor, wobei der gesamte militärische Oberbefehl an der Front dem

General Sarraill anvertraut werden sollte. Die neue Regierungsform in Frankreich wäre im wesentlichen von der gegenwärtigen verschieden gewesen, hätte den Senat mehr beschränkt als gegenwärtig und die Kammer noch mehr in ihren Befugnissen eingeschränkt. Der phantastische Plan Caillaux' war voll von Einzelheiten über die Zusammensetzung des neuen Ministeriums, über die Militärregierung von Paris, besonders während des Regierungswechsels, und die über die diplomatischen Vertreter Frankreichs im Auslande, die sämtlich gewechselt worden wären.

Die Nachforschungen sind im Auftrag der Untersuchungskommission der französischen Justizbehörden allein durch die italienischen Behörden vorgenommen worden.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 16. Januar. Am Beschlusse des Monats Berichterstattung werden nachmittags mehrlaufende Angelegenheiten der Minister. Von den anderen Aufgabensphären nichts Neues.

Die ganze rumänische Gesandtschaft in Petersburg verhaftet.

Einflieferung in die Peter-Pauls-Festung.

WTB. London, 16. Januar. (Reuter.) Ein amtliches englisches Telegramm aus Petersburg berichtet, daß das Personal der dortigen rumänischen Gesandtschaft verhaftet und in die Peter-Pauls-Festung gebracht worden ist.

Hertling und Hindenburg.

Keine Gegenätze von irgendwelcher Schärfe.

Köln, 16. Januar. (Privat-Telegramm.) Ueber die letzten Besprechungen in Berlin schreibt die „Köln. Volkszeitung“: Es kann heute ganz offen ausgesprochen werden, daß zwischen der Obersten Heeresleitung und dem Grafen Hertling wohl Meinungsverschiedenheiten über einzelne Fragen bestanden, die vielleicht auch wieder entstehen können, daß aber Gegenätze von irgendwelcher Schärfe vom ersten Tage des Konfliktes an zwischen Hertling und der Obersten Heeresleitung nicht bestanden haben. Zum Gegenteil, bei der Obersten Heeresleitung sieht man dem

weiteren Zusammenarbeiten mit dem Reichsanstalt in den Fragen des Friedensschlusses mit Brest-Litowsk entgegen, was die Ausprägung der letzten Lage beweist.

Keine englische Aussprache über Cambrai.

Die gefühlvolle Aussprache.

Haag, 16. Januar. (Privat-Telegramm.) Im englischen Unterhaus teilte Lord Curzon mit, daß die englische Regierung auf Grund der vom Generalstab und vom Kriegsministerium nachgeprüftem Bericht Haigs über die Vorwahnung bei Cambrai am 30. November zu dem Urteil gelangte, daß alle Maßnahmen getroffen waren, um den deutschen Sieg anzufangen. Die Regierung hält eine Aussprache über die Schlage nicht im öffentlichen Interesse liegend und sie ist überzeugt, daß für die Zukunft Vorbehalte getroffen ist.

Erhöhung der Soldatenlöhne in Frankreich.

Paris, 16. Januar. (Privat-Telegramm.) Wie Havas aus Paris meldet, hat das Ministerium eine Vorlage eingebracht auf Erhöhung der Soldatenlöhne von 1 auf 3 Franc täglich.

Attentat gegen Lenin.

Vier vergebliche Schüsse.

WTB. Petersburg, 15. Januar. (R. T. M.) Ms Lenin gelte eine Abteilung sozialistischer Arbeiter Garbe, die zur Front abging, begleitet hatte und im Automobil zurückkehrte, wurden auf dieses vier Revolverkugeln ohne Erfolg abgefeuert.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

Schuld und auf den Denkmals- und Heimatstiftung eingeleitet.

Auch hinsichtlich der organisatorischen Gestaltung, besonders wegen des schwereren Bedenkens einer Behördenscheidung, muß anerkannt werden, daß die Verhandlungen im Herrenhaus zu frühbaren Fortschritten geführt haben. Ein sehr wichtiger, wenn auch praktisch nur noch für einzelne Städte, darunter aber für Groß-Berlin im Betracht kommender Fortschritt ist die Bereitwilligkeit der Staatsregierung zur Übertragung der Baupolizei an alle Städte. Ein weiterer grundsätzlicher Fortschritt, der in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden soll, geht dahin, daß der Erfolg von Zwangsmaßnahmen, deren Notwendigkeit sich bei Ausübung der Wohnungsaufsicht im Einzelfalle herausstellt, der Gemeinden übertragen ist und zwar in einer Form, die über den polizeilichen Umfang solcher Anordnungen hinauswächst und sie zu Zwangsvollstreckungsmaßnahmen in der Hand der Gemeinde macht. Im gleichen Sinne ist auch die Mitwirkung der Polizei bei dem Erfolg von Dienstausweisungen für die Wohnungsaufsicht festgelegt. Gleichzeitig ist dann auch die Unklarheit des Regierungsentwurfs, aus dem man nicht entnehmen konnte, ob die Wohnungsaufsicht eine echte Gemeindeangelegenheit werden sollte, durch die bestimmte Vorkehrungen beseitigt werden, daß die Zuständigkeit über das Wohnungs-wesen eine Gemeindeangelegenheit ist.

Andere Wünsche, die von jüdischer Seite immer erhoben worden sind, sind freilich unerfüllt geblieben. Insbesondere ist die polizeiliche Einmischung in die Ausstattung und Besetzung von Grundstücken aus anderen als polizeilichen Gründen im Gesetz verbleiben. Freilich hat man versucht, diese Einmischungsmöglichkeit ihrer Gefahr einer Dämpfung der gemeindlichen Leistungen in ihrem Umfang etwas zu begrenzen, und zwar durch Beschränkung auf den Fall, wo es sich um ein Bedürfnis nach Klein- und Mittelmietungen handelt. Auch der von jüdischer Seite mit besonderem Nachdruck geäußerte Wunsch, das sogenannte Bauverbot möge völlig unberührt bleiben, ist nicht zur Erfüllung gekommen.

Dagegen im Gebiet der organisatorischen Gestaltung somit manche Vermischungen und Unklarheiten bestehen geblieben sind, obgleich auch nicht übersehen werden kann, daß auch hinsichtlich im Gebiet des Wohnungs-wesens für den preussischen Staat noch viel zu tun übrig bleibt, es muß doch anerkannt werden, daß die Arbeit des Herrenhauses, von der im vorliegenden nur ein Auschnitt gegeben ist, die schwersten Aufgaben einer zweifelsprechenden Vorlage für das Siedlungs- und Wohnungs-wesen an dem Krieges ein gutes Stück weiter gebracht hat.



Letztes Entgegenkommen in Brest-Litowsk.

Die formulierte Antwort der Verbündeten auf die russischen Vorschläge. Eine Grundlage für weitere Verhandlungen.

WTB. Brest-Litowsk, 16. Januar. Um 5 Uhr gestern nachmittags hielt die deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission zur Beratung ihrer territorialen Fragen ihre vierzehnte Sitzung ab. Staatssekretär v. Kühlmann an der Spitze, die verbündeten Regierungen zu dem Entschlusse gekommen sind, die formulierten Vorschläge der russischen Delegation ihrerseits gleichfalls in formuierter Form mündlich zu beantworten. Er müßte aber darauf hinweisen, er hätte die Art, daß die Delegationen gegenseitig mit formulierten Schlußsätzen verhandeln, für

außerordentlich zeitraubend

und den Erfolg wenig fördernd. Wenn man wirklich zu einem friedlichen Abgange gelangen wollte, so werde es sich in Zukunft empfehlen, das Material durchgehends und dann von jeder Seite je einen Herrn nur mit der Redaktion zu besprechen. Diese beiden Herren müßten als Redaktionskomitee zusammen verfahren, wie weit sie eine gemeinsame Fassung suchen könnten, und falls dies nicht möglich wäre, im Einvernehmen miteinander die gegenständlichen Differenzpunkte festzulegen und schriftlich zu fixieren.

Hierauf gelangte die materielle Antwort der Verbündeten zur Verlesung, welche folgenden Wortlaut hat:

Die der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation übermittelten Vorschläge der russischen Delegation betreffend die Entwidlung der Dinge in den von den Zentralmächten besetzten Gebieten Rußlands werden demnach von den Ansichten der Verbündeten ab, daß sie

in der vorliegenden Form als unannehmbar

beschrieben werden müssen. Ohne des näheren auf die äußere Form dieser Vorschläge eingehen zu wollen, kann doch nicht unbemerkt bleiben, daß sie den Charakter des von den Zentralmächten angebotenen Kompromisses nicht tragen, sondern sich vielmehr als einseitige russische Forderung darstellen, die den Wunsch vermissen läßt, die berechtigten Gründe der Gegenseite in Rücksicht zu ziehen. Trotzdem sind die österreichisch-ungarische und die deutsche Delegation bereit, nochmals und diesmal formuliert ihre Anschauung über die im Besonderen Fragen klar zum Ausdruck zu bringen und noch einen Versuch zu unternehmen, das von ihnen angebotene Kompromiß-Angebot auf Verwirklichung bringen kann. Ueber einen Teil des von den Verbündeten besetzten Gebietes ist in Ziffer 1 des deutschen Entwurfs verhandelt worden. Diese Materie ist durchgearbeitet, jedoch als feiner weiteren Entscheidung. Die Frage nach den jetzt

von den Verbündeten besetzten Gebieten, die ein eigenes Staatsleben besitzen, wäre rein zeitlich in vier Stationen zu gliedern: den Zeitpunkt zwischen dem Abgange des Friedens mit Rußland und der Wende der russischen Demobilisierung, den Zeitpunkt zwischen dem russischen und dem allgemeinen Frieden, den Zeitpunkt des Uebergangsladiums für die neuen Völker und endlich das definitive Stadium, in dem die neuen Staaten die volle Ausgestaltung ihrer Staatsorganisation durchzuführen. Es muß wiederholt darauf hingewiesen werden, daß für die Zentralmächte — abgesehen von dem, was für Rußland der Fall ist — mit dem Abgange des Friedens mit Rußland keineswegs auch der allgemeine Friede verbunden ist, daß sie vielmehr gezwungen sind, mit den anderen Gegnern den Krieg weiterzuführen.

Gegenüber der russischen Regierung erklären die Verbündeten gemeinsam aus neue, daß sie der Meinung sind,

die verfassungsmäßigen zuständigen Organe in den neuen Staatsgebilden seien

vollständig als vollkommen

besagt anzunehmen, den Willen freier Kreise der Bevölkerung auszurufen. Von großer Bedeutung für die Frage der Entscheidung der Staatsvollmacht ist das Urteil des obersten Gerichtshofs in Washington vom Jahre 1803, in dem ausgeführt worden ist, daß die souveränen Rechte der Vereinigten Staaten von Nordamerika als voll und ganz bestehend anerkannt werden müßten am Tage der Verkündung ihrer Unabhängigkeit ab — d. h. seit 4. 7. 1776 ganz unabhängig von ihrer Anerkennung seitens Englands im Vertrage vom Jahre 1782 (Floire droit internationale podice v. 100).

Die verbündeten Delegationen nehmen Akt von der Erklärung, daß die russische Regierung aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren Kaiserreichs keine Schlüsse zieht, die irgendwelche staatsrechtlichen Verpflichtungen der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik auflegen würden, und daß die alten Grenzen des früheren russischen Kaiserreichs, die Grenzen, die

durch Gewalttaten und Verbrechen

gegen die Völker gebildet wurden, insbesondere gegen das polnische Volk, zusammen mit dem Jaroslaw verschwunden sind. Ebenso davon, daß für die russische Regierung deswegen die Grundanfrage der jetzt geführten Verhandlungen nicht darin besteht, um in irgendwelcher Weise das weitere zwangswise Verbleiben der genannten Gebiete im Namen des russischen Reichs zu verteidigen, sondern in der Sicherung der weltlichen Freiheit und Selbstbestimmung der inneren Staatsverfassung und der internationalen Lage besteht. In diesem Zusammenhange wäre die Frage aufzuwerfen:

Es muß verlangt werden, über die vier Punkte eine volle Einigung zu erzielen.

Zu 1. Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrechtlicher Nationen und nicht aus Teilen von Nationen zu entsprechen ist in unserer Auffassung des Selbstbestimmungsrechts. Auch Teile von Nationen können ihre Selbstbestimmungsrechte und Absonderung rechtlich beschließen. Es ist hierbei keineswegs angenommen, daß die Diskussionsgrenze für die Abgrenzung dieser Gebiete mäßigend sein soll. Rußland, Sizilien und Polen bilden, aus historisch angelegten, völkerrhetorischen Einheiten. Deutschland und Österreich-Ungarn haben nicht die Absicht, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete anzueignen. Sie beabsichtigen nicht, die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, müssen aber sich und den Vätern der besetzten Gebiete

in der vorliegenden Form als unannehmbar

beschalten.

Zu 2. Was die Auslösung hierzu betrifft, so muß darauf hingewiesen werden, daß eine Zurückziehung der Flotte, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich ist. Die Bildung einer nationalen Gardearmee kann angelehnt werden. Was die Mittel der Finanzierung und der während des Krieges Konfiskation betrifft, so wird eine wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall zugewandt.

Zu 3. Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug und bedarf einer weiteren Aufklärung. Es ist aber ohne weiteres zuzugeben, daß mit den weitergeführten Annäherungen des allgemeinen Friedens den gewählten Vertretern der Bevölkerung des Landes in immer steigendem Umfange die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden soll.

Zu 4. Die verbündeten Delegationen sind grundsätzlich bereit, zu bestimmen, daß ein Referendum auf breiter Grundlage die Beschlässe über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete sanktionieren soll. Eine einseitige Festlegung auf ein Referendum ist nicht unpraktisch,

auch ein Votum einer auf breiter Grundlage gewählten und repräsentativen Körperschaft würde noch Annäherung der verbündeten Delegationen genügen.

Von dem Wunsch befreit, es neuerdings zu versuchen, zu einer Verständigung mit der russischen Regierung zu gelangen, haben die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns diese weitgehenden Beschlässe gemacht, fügen jedoch gleichzeitig hinzu, daß sie

den äußersten Rahmen

abgeben, innerhalb dessen sie eine friedliche Verständigung noch erhoffen können. Eine Verständigung zwischen Rußland und den Mittelmächten über diese schwierigen Fragen ist nur dann möglich, wenn auch Rußland einen klaren Willen zeigt, zu einer Vereinbarung zu gelangen zu wollen.

Hierauf ergriff Trocki das Wort und erklärte: Er hoffe, daß die eben verlesene Antwort der Zentralmächte ebenfalls die Zweifel über die formale Schwierigkeiten beseitigt habe, die für die russische Delegation durch die in der vorigen Sitzung gehaltenen Rede des Generals Hoffmann entstanden wären. Der Herr Staatssekretär habe darauf hingewiesen, daß alle Punkte dieser Verhandlungen aus dem alleinigen politischen Willen der deutschen Regierung hervorgehen. Wenn General Hoffmann darauf hingewiesen habe, daß die russische Regierung sich auf ihre Abgrenzung des Gebiets und mit Gewalt vorgehe gegen alle Andersdenkenden, so müsse allerdings bemerkt werden, daß auch die russische Regierung auf der Macht bestehe. Solange die Weltöffentlichkeit aus kämpfenden Klassen besteht, solange werde die Macht einer Regierung auf Kraft beruhen und durch Gewalt ihre Herrschaft behaupten. Er müßte aber gegen die Behauptung protestieren, daß seine Regierung jeden Andersdenkenden für vogelfrei erkläre.

Das, was die Regierungen anderer Länder bei den Verhandlungen der russischen Regierung ablehnen, sei die Richtung, in der sie von ihrer Macht Gebrauch mache und in der sie sich durch nichts beirren ließe. So hätten es und seine Freunde, als die rumänische Regierung versuche, auf russischem Gebiete Gewaltmaßnahmen gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter anzuwenden, von hier der Petersburger Regierung vorgezogen, den rumänischen Gesandten, sein ganzes Geschäftspersonal und die rumänische Militärmission zu verhaften, und sie hätten die Antwort erhalten, daß dies bereits geschehen sei.

Anschließend daran führte Trocki folgendes aus: Was die beiden Beispiele anbelangt, die General Hoffmann anführte, so identifizieren diese in keiner Weise unsere Politik auf dem Gebiete der nationalen Fragen. Wir haben Erklärungen abgegeben über den weltwirtschaftlichen Kongress. Dieser letzte hat zusammen aus Vertretern der weltwirtschaftlichen Arbeiter und auch Vertreter, die aller berichtigten Punkte zu bemächtigen, welche Eigentum des weltwirtschaftlichen Volkes sein müssen. Wenn er auf Widerstand gestoßen ist, so rühmt dieser Widerstand von den Knaben her, unter denen in gleicher Weise Großräuben, Wehrlosen und Kleinkriminellen vertreten waren.

Ein edles Frauenleben.

Roman von A. Deutsch.

28. Fortsetzung.

Waldmuth verboten.

„Sie beurteilen sie sehr richtig, Fräulein Werner; das Leben hat, wie bei so manchem, auch bei ihr diesen frühlichen Zug ausgeprägt, und sie hat sich zu einer inneren Heiterkeit emporgearbeitet. Es gibt auch etwas, außer dem tüchtig ausgeprägten Leben, was Sie sagen, das Sie in ihrer Jugend das schmerzhafteste Opfer war, jetzt aber wie ein leichter Punkt in ihrer alten Tage hineinleuchtet, welches ihr diese freudige Weisheit gibt. Sehen Sie Fräulein Schmidt nahe?“

„Sie war mir eine mütterliche Freundin.“

„So kennen Sie vielleicht diesen Punkt aus ihrem Leben?“

„Elisabeth verneinte. Sie war mit einem Manne verlobt und entsagte ihm, weil sie seinen Genius nicht in Hellen schlagen wollte, indem sie ihm mit ihrem Geschick die Sorge für die fränke Mutter und vier unermessliche Geschwister aufbürdete. Er ist auch geworden, was sie voraussah: unter den größten Künstlern unserer Zeit wird sein Name genannt, sie ging einlam durch das Leben, beglückt, in dem Bewußtsein, seinen hohen Flug nicht gehemmt zu haben.“

„Und er nahm das Opfer an?“

„Erst nach schwerem Kampfe, wie sie mir erzählt. Und da Künstler einen leichten Sinn haben, fand er sein Glück auf einer anderen Seite.“

„Es heißt, daß die höchste stitische Kraft in der Entscheidung läge“, bemerkte Elisabeth nach einer Pause, „aber der Moment, in welchem sie geübt wird, muß doch der schwerste im Leben sein.“

„In diesem Augenblicke ertönte ein Schrei, dem ein zellernder Hellen folgte. Die Frauen sprangen auf.“

„Das war die Stimme der Mutter“, sagte die Gräfin. Das Haus zur Erde werden und davonfüren, war für Elisabeth das Wert eines Augenblicks; sie lief dem Walle zu, woher sie glaubte den Schrei gehört zu haben, es war der rechte Weg, denn noch einmal und viel leuchtender klang der Hellen der Alten, und jetzt kam sie selber entgegengeflutet, Irma auf dem Arme, Tija schloß,

Unweit der Stelle, wo der Fluß aus dem Walde heranzog, hatte die Alte mit den Kindern gespielt, Blumen gepflückt und Kränze gewunden. Da hatte ihr Irma einen glänzenden Schmetterling gezeigt, der in einiger Entfernung von ihnen umherflatterte, und die Alte ging, ihn für ihren Fledling zu fangen, da er aber nicht flüchtete, sondern rechts und links vor ihr herlief, so entfernte sie sich in ihrem Eifer immer mehr von der Stelle, wo die Kinder spielten. Der Knabe näherte sich dem Strome, er sah sein Bild in den Wellen und heugte sich vornüber, es genauer anzusehen; da kam noch unglücklichweise ein Blatt vorbei, das trieb lo nahe am Ufer, daß er es mit seiner kleinen Hand zu erreichen glaubte, er blühte sich dort nieder ... und verschwand im Fluße. Als die Datta mit dem Schmetterlinge zurückkehrte, sah sie einen schwarzen Kraustopf aus den Wellen tauchen und dann nicht mehr.

Elisabeth besah sich keinen Augenblick, eben kam die Gräfin heran, sie überließ es Datta, den dem Unfälle zu berichten, ward das Tuch ab und hügte mit einem solch jähen Sprunge in den Fluß, daß die Gräfin hoch und schäumen über ihrem Haupte zusammenstürzte. Bald wichen sie nach rechts und links und man sah sie mit kräftigen Armen die Fläche teilen. Der Fluß war klar und durchsichtig, aber so tief, daß der Grund verhält war.

„So sehr Elisabeth ihre Schreite anstrengte, sie sah nichts Danktes, sich vom Wasser abheben, noch sie auch blühte. War er schon auf den Grund gelangt oder trugen ihn die Wellen promontur?“ Die Gräfin der Sonne brannten heiß und verengend auf Elisabeths unbedecktem Haupte und ihrem entblößten Halbe; sie admete es kaum, immer rascher und rascher durchschnit sie die Wogen. Doch mußte sie bald innehalten; sie füllte, wie sich eine Art Schwere, wie Blei, langsam durch ihren Körper ergoß, die fast jede Bewegungsfähigkeit hemmte. Doch was war das? Laute nicht dort in geringerer Entfernung, von einer fernen Welle getragen, ein dunkler Gegenstand auf? Er verschwand bald wieder.

Aber sie hatte ihn gesehen und wußte die Richtung. Mit Aufbietung aller ihrer Kräfte strebte sie dahin, immer kürzer ward die Entfernung, bis — noch ein kräftiger Wellenschlag und noch einer, und sie hatte das Kind gefast. Es war auch die höchste Zeit, sie füllte, wie sich eine halbe Bewußtlosigkeit über ihre Sinne legte, doch bald raffte sie sich wieder auf und blühte um sich. Der Strom war an dieser Stelle

sehr breit und sie befand sich in der Mitte desselben; vom Schlosse hatte sie sich so weit entfernt, daß sie nur den Turm in weiter Entfernung sah. Wie das Ufer erreichte? Wie den Weg zurücklegen? Ein Arm streb ihr noch frei, in dem anderen hielt sie das Kind und so, daß kein Kopf über das Wasser ragte; sie konnte nur langsam vorwärts und füllte mit Entsetzen, wie durch die ungenügende Anstrengung dieselbe Empfindung der Starbeit sich ihrer Arme mitteilte. In ihrer Verzweiflung verlor sie, den Knaben mit den Händen an den Kleibern festzuhalten, um beide Arme gebrauchen zu können; die Last war so schwer, daß sie ihren Kopf mit solcher Gewalt in die Tiefe aß, daß ihr fast der Atem verging und sie dem Ertrinken nahe war. Mit einer letzten Bewegung umschloß sie den Knaben und überließ sich willens der Strömung mit dem dumpfen Bewußtsein, daß sie verloren war. Immer wilder und erstickender schienen sich die Wellen um sie zu drängen, es war ihr, als säße sie immer tiefer, bis auf den sandigen Grund, dann schloß sich ihre Augen in Bewußtlosigkeit.

Gräfin Gega kam des Wegs geritten; er hatte die Landstraße verlassen und das Tal quer durchschnitten, am früher zu Hause zu sein. Von Fern aus sah er das Ringen eines Menschen mit dem Elemente; er gab dem Pferde die Sporen und jagte an das Ufer heran; ein zweiter Blick auf den Fluß zeigte ihm, wer die Ringende war. Sein bärziges Gesicht überzog die Blässe des Lobes. Vom Fieber herunter und in den Strom, war das Wert eines Augenblicks; er kam eben zur rechten Zeit, die Unterfindende aufzufangen und sie und den Knaben an das sichere Ufer zu bringen, wo sich ihm viele stehende Hände entgegenstreckten, die sie in Empfang nahmen; denn vom Schlosse her war unterbes die Gräfin mit einer Anzahl Dienerschaft erschienen.

Sie waren beide ohnmächtig, der Gerettete und die Retterin, und während die Gräfin vor dem bewußtlosen Knaben kniete und ihn mit Hilfe der Dienerin ins Leben zurückzurufen suchte — ein Boie war in die Stadt nach dem Arzte geeilt — trug Gega Elisabeth in das Schloß zurück. Auf dem Wege kam sie zu sich, aber sie war so schwach und so betäubt, daß sie keine Bewegung machen konnte. Gega trat mit ihr in eine Laube, legte sie auf eine Bank und kniete vor ihr nieder.

(Fortsetzung folgt.)

Herr Trocki kam hierauf auf das Schicksal der besetzten Gebiete

zu sprechen und meinte aus den bisherigen Ausführungen der heutigen Vertreter den Schluss ziehen zu können, daß die Entscheidung des Schicksals dieser Gebiete erfolgen soll ohne Rücksicht darauf, ob ein Volk bereits imstande sei, die Entscheidung in die eigene Hand zu nehmen. Er möchte demgegenüber die Meinung Ausdruck geben, daß die geäußerte Ansicht nur die Ansicht der russischen Delegation bezeichnen kann.

Was die Form der Verhandlungen anbelangt, so halte es die russische Delegation für notwendig, gerade diejenige Punkte in den Vordergrund zu stellen, die den Gegenstand der Meinungsverschiedenheit bilden.

Hierauf ergriß Staatssekretär v. Kühlmann das Wort und führte u. a. aus: Was die Rede des Generals Hoffmann betrifft, möchte ich sowohl für mich als für den General ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf diese Angelegenheit zurückzukommen. Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der russischen Delegation ist, daß wir im Gegensatz zu ihr auf dem Vorhandensein aufbauen und daß wir es ablehnen, aus reiner Giebeldienerei gegen die Theorie irgendeinen luftleeren Raum zu schaffen. Ueberdies hat mich die geringfügige Bewertung der Verleumdungen des Obersten amerikanischen Gerichtshofs, und nehme im übrigen mit Befriedigung davon Kenntnis,

daß der Vordröner und seine Delegation gekommen sind, in die wirkliche Diskussion und Klärung der Einzelheiten der uns trennenden Auffassungen einzutreten. Ich schlage deshalb vor, in die Diskussion über die vier Punkte einzutreten und hoffe, daß wir dann in wenigen Tagen so weit sind, um sagen zu können, ob die Schwierigkeiten überwinden werden können oder der hier gemachte Versuch ausgegeben werden muß.

Herr Trocki erklärte hierauf, seines Erachtens nach könne man jetzt zu der Beratung der beiden Entwürfe, die vorgelegt worden seien, übergehen. Er müsse jedoch nochmals betonen, daß er in der Frage der Zurückziehung der Truppen in keiner Weise der Ansicht des russischen Vordröners zustimme, daß annehmlich die Entscheidung der Verhandlungen hinter sich einen leeren Raum zurücklassen würde. Zunächst sei es ihm ein technisches Schweregefühl einer eigenen Erklärung, Post um, handle, so läge man in solchen Fragen stets zu einer Einigung gelangen, auch ohne Kontrolle der Verhandlungsgruppen.

Demgegenüber wies Staatssekretär v. Kühlmann darauf hin, daß neben den technischen Gründen auch die Gründe der Stabilität in den betreffenden Gebieten eine sehr gewichtige Rolle spielen.

Sodann beantragte Herr v. Kühlmann, nunmehr über die von der russischen Delegation selbst vorgeschlagenen vier Punkte in eine geschäftsmäßige Verhandlung einzutreten.

Nachdem sich Herr Trocki diesen Vorschläge angegeschlossen hatte, wurde die nächste Sitzung auf den folgenden Tag, 11 Uhr vormittags, anberaumt.

Die Caillaux-Affäre.

Der Rechtsbruch in Florenz.

Die französische Kammer erörterte die Interpellation des sozialistischen Abgeordneten Lafont über die Maßnahmen, die die Regierung zu treffen gedenkt, um den Rechtsgrundlagen in der Angelegenheit der Unterlegung im Falle Caillaux Klärung zu verschaffen. Sofort wies darauf hin, daß gewisse Unterlegungen in Italien nicht in Uebereinstimmung mit dem geltenden Recht stattgefunden hätten. Bei der Festlegung des Geldstrafes sei gleich eine Gesamtheit von Unrechthaltungen erfolgt, nämlich die Anwesenheit des Angeklagten. Dieser könne darum die Echtheit des aufgefundenen Schriftstückes bestreiten.

Unterstaatssekretär Ignace erklärte: Als man vor einigen Tagen von dem Vorhandensein eines dem Angeklagten gehörenden Geldstrafes erfuhr, hat der Untersuchungsrichter die Beförderung um Ernenennung eines Untersuchungsauschusses, der sich an die italienische Regierung zu wenden habe. Von diesem Augenblick stand den Untersuchungsbehörden des fremden Landes die Festlegung des Geldstrafes zu. Dies geschah in aller Ordnung und auf legale Weise.

Die ungesetzliche Einlese entsprach. Die Mehrheit der Kammer blieb ruhig.

Ministerpräsident Clemenceau antwortete vor seinem Plage aus, er könne sofort dasselbe antworten, was Ignace ihm gesagt habe, nämlich, daß die französische Justiz nur auf französischem Gebiet souverän sei. Clemenceau legte weiter: Wir ordnen den Ausschuss an die italienische Regierung ab. Diese ist eine ehrenhafte Regierung. Wir haben kein Recht, zu den italienischen Beamten kein Vertrauen zu haben und nicht zu glauben, daß die italienische Regierung nicht nach dem Gesetz verfahren ist. Und wenn sie es getan hätte, so wären wir nicht dafür verantwortlich.

Die einfache, von der Regierung angenommene Tagesordnung wurde mit 369 gegen 195 Stimmen angenommen.

Rußland.

Energisches Vorgehen gegen die Hecker in Rußland.

c. B. Von der russischen Grenze wird der „Nat.-Ztg.“ gemeldet: A. K. L. ordnet auf Grund eines Beschlusses des Rates der Volksbeauftragten zwangsweise Entziehung aller Agenten der alliierten Mächte, soweit sie sich noch in der Krizzone aufhalten, an. In Wien wurden sechs französische Offiziere, die sich hier verhalten hatten, verhaftet und nach Petersburg gebracht.

Preussisches Herrenhaus.

Berlin, 13. Januar.

Eingegangen ist ein Antrag des Grafen Behr-Behrenhoff und des Grafen Fort betreffend den Friedensschluß.

Das Haus erledigte eine Reihe von kleineren Vorlagen und Rechnungsachen, darunter den Gesetzentwurf betreffend die Sechandlung, der in der Sitzung des Abgeordnetenhauses angenommen wurde.

Nächste Sitzung morgen 2 Uhr. Kleine Vorlagen.

Preussisches Abgeordnetenhhaus.

Berlin, 13. Januar.

Am Regierungstische: v. Breitenbach, Sebom, Hergt, v. Eshenbach, Graf v. Scherwin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 12.20 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme von Vorlagen der Kgl. Staatsregierung.

Finanzminister Hergt: Mit dem abgelaufenen Kalenderjahre liegt ein weiteres Kriegsjahr hinter uns. Mit Genugtuung können wir sagen, daß die Bilanz zu unseren Gunsten liegt.

Gemäß jetzt unser Hauptbuch auf einzelnen Konten einen Heftbetrag und manches, wobei wir lieber besser abgeschnitten hätten. Ich brauche nur an die innerpolitischen Kämpfe zu erinnern. Aber auch darin haben wir jetzt das Gefühl der Entlastung. Wir haben auch noch mit Lebensmitteln und Futtermittelnkapazität zu kämpfen. Trotzdem wissen wir, daß wir durchhalten werden. Wir sehen mit Sorge,

wie die Teuerung weiter drückt

und verfolgen mit nicht geringerer Sorge, wie durch die Länge des Krieges die allgemeine Volkswirtschaft schweren Schaden leidet. Aber was will das alles bedeuten gegenüber den gewaltigen Taten auf dem Welttheater zu unseren Gunsten. Wie stehen wir glänzend militärisch da nach den unvergleichlichen Ruhmestaten unseres Heeres und unserer Flotte im Oden und Westen und auf allen Meeren. Wie hat sich das Mitteln für uns gewandt, seitdem den Rufen der Arme ausgegangen. Was ist es für ein Akt von weltgeschichtlicher Bedeutung, wenn jetzt die Sonderlebensverhandlungen im Oden begonnen haben. Je länger sich die Weltmächte dagegen sträuben, um so günstiger mögen sich für uns die Friedensbedingungen gestalten. (Leb. Beifall.)

Wir haben das System der Selbstversorgung wirtschaftlich immer weiter ausgebaut. Deutsche Wissenschaft und Technik sind an der Arbeit, uns durch Schaffung von Ersatzstoffen unabhängig zu machen. Die Kriegsindustrie und ihre Erzeugnisse bedeuten einen wertvollen Zuwachs für unser Volkswirtschaft, der demselben erfolgreich gegenüber den Verlusten, die wir an anderen Stellen erleiden. Dies werden wir in die Friedenswirtschaft hineinbringen. Diese Waffen werden uns auch befähigen, falls unsere Gegner ihr Vorhaben ausführen und gegen uns nach dem Kriege einen Wirtschaftskrieg führen, auch diesen Wirtschaftskrieg zu überleben. Wie es uns besser geht, so geht es unseren Feinden schlechter.

Zu der Schiffsraumot gestellt sich mehr und mehr die Kapitalnot. Und das Kollektion, das sich rümpfte, der Kaufmann und Bankier der Welt zu sein, sieht kein Prestige schwinden. Jetzt führen unsere Feinde uns gegenüber große Worte, und wir sehen, wie sie nach der großen Arme jenseits des großen Ozeans zusetzen. Diese dann wieder schwimmen nach fliegen. Es wird nicht kommen. Unsere Gegner werden uns aber kommen müssen. Kommen sie uns, dann wird ihr Angebot wesentlich anders lauten, als sie jetzt in ihrer übertriebenen Uebertreibung es ausgesprochen. (Stürmischer Beifall rechts.) Die Verteilung der Erde, wobei sich die Lage nicht. Deutsche Kriegsanliegen wurden im neutralen Auslande ein beliebtes Missgespräch. Durch

Erstlichung neuer Einnahmequellen

wird es uns gelingen, die Kriegsschulden abzubauen. Die Einnahme des Staates in vier Kriegsjahren ist alles in allem niedriger als im Vorjahre war. Der Etat für 1918 schließt mit Einnahmen und Ausgaben ab mit 65 Milliarden Mark. Erhebliche Mittel sind ausgemeren für die Wohnungsgeregung — für Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der unteren Beamten und Staatsbediensteten, für die Erweiterung von Ländereien, die den Bauwesenleistungen zum Bau von Kleinwohnungen zur Verfügung gestellt werden sollen. Steuerzuschläge werden wieder erhoben müssen. Selbst wenn der Krieg in das neue Finanzjahr hineinzieht, wird Preußen eine Stätte guten wirtschaftlichen Lebens bilden.

eine gute Finanzgeregung

werden wir über alle Schwierigkeiten hinwegkommen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird nach kurzer Erörterung der Gesetzentwurf über die Ermächtigung des Staatsministeriums zu Maßnahmen betreffend Vereinfachung der Bewoaltung im wesentlichen nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Der Antrag Rosenlohn (Apt.) auf Zulassung von Frauen zu häuslichen Verwaltungsbewoaltungen und Sitzungsverhandlungen wird lebhaft begrüßt. Nach kurzen Ausführungen des Abg. seine (Schl. v. Rom.) wird der Antrag der Kommission angenommen, wonach Frauen zu Mitgliedern häuslicher Verwaltungsbewoaltungen der lokalen Fürsorge und Wohlfahrtspflege bestellt werden können, ebenso ein Zentrumsantrag, wonach Frauen auch Mitglieder von Schulkommissionen werden können.

Nach Erledigung von Petitionen erfolgt Vertagung auf Sonnabend 11 Uhr Erste Beratung des Staatshaushaltsplanes.

Deutsches Reich.

Das preussische Herrenhaus für einen deutschen Frieden.

Im preussischen Herrenhaus ist, wie die „Deutsche Ztg.“ vernimmt, ein Antrag eingebracht worden, in dem die Zustimmung ausgesprochen wird, daß die künftige Staatsregierung auf einen Frieden hinwirken wird, bei dessen Abschluß dem Deutschen Kaiser die in Artikel 11 der Reichsverfassung vorbehaltenen Rechte voll gewahrt werden. Dieser Friede müsse den gedachten Opfern, den Bedürfnissen der militärischen Sicherung und den politischen und wirtschaftlichen Lebensinteressen des Vaterlandes gerecht werden. Der Antrag soll in diesen Tagen zur Beratung gelangen; man erwartet dabei eine hochpolitische Aussprache.

Bagers Gesundheitszustand.

Die „Kön. Ztg.“ meldet aus Stuttgart: Der Gesundheitszustand des Reichsanwalters v. Bager hat sich, wie man hört, so weit gebessert, daß er vornehmlich noch in diesem Monat seine Tätigkeit in Berlin wieder aufnehmen können.

Der Stigmawerterin in Baugen-Ramens.

Das Baugen wird gedruckt: Die Stigmawerterin im dritten lässlichen Reichstagswahlkreise Baugen-Ramens ist auf den 25. Januar festgesetzt.

Ausland.

Langing redet große Däne.

Wie der „Matin“ aus New York erklärt, erklärte Langing auf einem Banquet der New Yorker Anwaltskammer: Wenn die Bedingungen Wilsons nicht angenommen werden, so muß der Krieg fortbauern. Dieser Krieg wird nicht erloscht werden. Was wir zu tun haben, ist: die 3 H n e zu j a m m e n b e i g e n, die Hände fassen und uns mit aller Kraft ins Getümmel werfen.

Halle und Umgegend.

HALLE den 17. Januar 1918.

Im Landesverein für Vorgeschiedte

hält der Leiter des Provinzialmuseums zu Halle, Herr Direktor Dr. P a h n, eine Reihe von Vorträgen über die Vorgeschiedte Europas.

Der erste dieser Vorträge behandelte das Vorkommen der ältesten Merkmale des Menschen. Das älteste Zeugnis vom Menschen in Europa ist der Unterkiefer von Mauer bei Neckargemünd, insolge entwicklungsgeschichtlicher Merkmale als Beleg für die Tierabstammung des Menschen und deren besondere Stege. Aus dem Beginn der großen Eiszeit der letzten vorgeschichtlichen Epoche sind von anderen Stellen Funde einfacher Steingeräte aus dem gleichen Zeitalter des Menschen von Mauer bekannt geworden. Dann geht er über zur Verbreitung der Entwidlung der Gesteinarte und ihrer Kultur.

Im zweiten Vortrage sprach der Gelehrte über den Beginn der erdgeologischen Gegenwart und den Menschen (Neolithikum und mittlere Steinzeit). Hierzu führte er etwa folgendes aus:

Das große Nordland des Diluviums hatte bis Südengland, bis zum Rhein, bis in die Breite von Leipzig, Mariburg, Aken über Norddeutschland. In den benachbarten Landstrichen war der Mensch in verschiedenen Rassen aufgetreten, welche Spuren sind von ihm in Westeuropa, zumal in Südfrankreich und der Bretagne, fast nie, geringere im Gebiete zwischen Aken und Nordsee von Südengland bis Belgien und weiter östlich gefunden; auch bis zu den britischen Inseln und in Norddeutschland siebsten einzelne Funde in Zeiten günstiger Lebensbedingungen, wie in der Zwischeneiszeit.

Im französisch-spanischen Südpolengebiet und dessen weiterer Umgebung in Westeuropa hatte sich, getragen von einer bestimmten Rasse (Rasse von Aurignac und Verwandte) und gebunden an bestimmte geographische und klimatische Zustände günstiger Art, eine offenbar seiner differenzierte Kultur entfaltet, deren Ausläufer die letzte Vereisungzeit überbauerten; sowohl rassistisch als kulturell. Mit dem letzten Ende des endgültigen Rückganges des Nordmeeres in seine heutigen Grenzen im Nordwesten des Nordmeeres beginnt die „Nacheiszeit“ in der Europa (mit weiterer Erdbeben) dann schnell ihr heutiges Gesicht annimmt. Alle in Europa seit der Eiszeit heimisch gewordene Menschenteile und dazu wohl auch wieder neu eingewanderte Völker der Zweite der nun schon hochdifferenzierten Gattung „Mensch“ bereiten in den Jahrtausenden der Nacheiszeit die Grundmaße für die Völkergruppierungen der folgenden vor- und frühgeschichtlichen Zeit.

Ein mit dem Rückzuge des Eises vielfach verzögertes Siedlungsgebiet fand bald zur Verfügung, als über die Sande, Mergel- und Lehmschichten der Vereisungszone Pflanzen und Tiere aus dem Norden kamen und somit die Lebensbedingungen für den Menschen herstellten. Als schwache Jäger und Fischer, hier und da schon beim wieder in länger dauernden Siedelungen auftretend, stellen wir den Neolithikum an seinen Kulturorten fest. Es sind zumal mit Herdstellen, Wohnungsanlagen, Jagdgeräten, Pfeilen, Harpunen, Fischern, Gläsern, Messern usw. Säugetiere und Tüpfelchen noch lange und treten erst mit dem Beginne der vollen geologischen Gegenwart in Europa auf. Sehr wichtig sind vielfache, besonders in den nordosteuropäischen Kreisen auftretende Nachfänge der Kunstleistungen, die in der älteren Steinzeit des diluvialen Menschen seit der großen Zwischeneiszeit nachweisbar sind; sie äußern sich in formvollender Herstellung zweifelhafte Geräte aus Knochen und ihrer gelegentlichen geschmackvollen Verzierung, auch in figurlichen Darstellungen aus Knochen und Mineralien.

Bedeutungslos ist die weitgehende Gleichartigkeit der ältesten nacheiszeitlichen Kulturrichtungen auf weiten Gebieten. Das letzte Abschmelzen des Nordmeeres aus dem schwebigen Tieflande ist spätestens um das 8. Tausend v. Chr. im vollen Gange; die Tiefe, in der heute die Ostsee liegt, ist erst am Schluß der Eiszeit entstanden; im Beginne der Nacheiszeit ist sie ein Nordsee bzw. Eismeerarm, dann wird sie infolge Landhebungen zu einem Binnensee mit Süßwasser (Anglussee), darauf schafften Senkungen wieder Zusammenhänge mit dem Nordmeer (Vitorinomer). Diese Senkungen trafen ihren Höhepunkt, der über das heutige Västana geht, um das 5. Tausend v. Chr. Das zum Teil heute noch währende Hebungen und geringere Senkungen an anderer Stelle entwickelten sich alsdann die heutige Form der Ostsee und ihrer Landumgebung.

Die ureigentlichen Menschheitszustände und die der Uebergangszeit zur vorgeschichtlichen Zeit der letzten etwa 5 Jahrtausende v. Chr. sind für das Verständnis der späteren Entwicklungs Vorgänge, besonders der nordosteuropäischen Menschheit, von großer Wichtigkeit. Die Hinterlassenschaften der materiellen und geistigen Arbeit und die für alle Zeiten und Jansen weitgehend gleichartige Schriftsprache, die unsere Wissenschaft zu entschlüsseln hat. Die moderne Vorkultur, deren völkisch ausgebildeter Vertreter unser Provinzialmuseum ist, sind Forschungsgegenstände mit hohen Aufgaben.

Die Vorträge im Museum haben sehr und werden wohl ihr außerordentlich reger Besuch ist ein erfreuliches Zeichen der Teilnahme der weite Kreise unserer Stadt an den Forschungen, die für viele noch ganz neue Dinge bringen, aber doch eine notwendige Ergänzung sind zu den bisherigen Untersuchungen über die Herkunft und Entwicklung unserer Vorfahren.

